



Niederschrift

über den öffentlichen Teil der 37. Sitzung des Ausschusses für Bau, Planung
und Umwelt der Stadt Eberswalde
am 15.05.2012, 18:15 Uhr,
im Familiengarten Eberswalde, Tourismuszentrum, großer Saal, Am Alten
Walzwerk 1, 16227 Eberswalde

TAGESORDNUNG

1. Begrüßung und Eröffnung der Sitzung
2. Beschlussfassung über eventuelle Einwendungen gegen die Niederschrift der 36. Sitzung des Ausschusses für Bau, Planung und Umwelt der Stadt Eberswalde vom 10.04.2012
3. Feststellung der ordnungsgemäßen Ladung, der Anwesenheit und der Beschlussfähigkeit
4. Feststellung der Tagesordnung
5. Informationen des Vorsitzenden
6. Einwohnerfragestunde
7. Informationen aus der Stadtverwaltung
 - 7.1. Information zum Stand Projekt Borsighalle
 - 7.2. Information zum Kupferhammerweg
 - 7.3. Information zur Straßenreinigungsgebühren
8. Informationsvorlagen
 - 8.1. Vorlage: I/056/2012 Einreicher/zuständige
 Dienststelle: 61 - Stadtentwicklungsamt
 Bebauungsplan Nr. 140 "Brauerei"
 - Ergebnisse der frühzeitigen Öffentlichkeits- und Behördenbeteiligung

9. Anfragen u. Anregungen von Fraktionen, Stadtverordneten u. sachk. Einwohnern/innen sowie im Rahmen ihrer Zuständigkeit von Ortsvorstehern/innen, den Vors. der Beiräte gemäß Hauptsatzung, dem/der Vors. des KJP u. den Beauftragten gemäß Hauptsatzung
10. Beschlussvorlagen (Beratung und Beschlussfassung)
- 10.1. Vorlage: BV/764/2012 Einreicher/zuständige
Dienststelle: 61 - Stadtentwicklungsamt
Machbarkeitsstudie Breite Straße
- Selbstbindungsbeschluss
- 10.2. Vorlage: BV/761/2012 Einreicher/zuständige
Dienststelle: 65 - Tiefbauamt
Baubeschluss der Verkehrsanlage Erich-Mühsam-Straße
- 10.3. Vorlage: BV/762/2012 Einreicher/zuständige
Dienststelle: 65 - Tiefbauamt
Baubeschluss der Außenanlagen Kita Sonnenschein und öffentlicher Spielplatz
- 10.4. Vorlage: BV/775/2012 Einreicher/zuständige
Dienststelle: 60 – Amt für Hochbau und
Gebäudewirtschaft
Errichtung eines Nahwärmesystems im Zoo - Genehmigung von überplanmäßigen Haushaltsmitteln

TOP 1

Begrüßung und Eröffnung der Sitzung

Herr Sachse begrüßt alle Anwesenden und eröffnet die Sitzung.

TOP 2

Beschlussfassung über eventuelle Einwendungen gegen die Niederschrift der 36. Sitzung des Ausschusses für Bau, Planung und Umwelt der Stadt Eberswalde vom 10.04.2012

Abstimmungsergebnis: mehrheitlich beschlossen

TOP 3

Feststellung der ordnungsgemäßen Ladung, der Anwesenheit und der Beschlussfähigkeit

Herr Sachse stellt fest, dass form –und fristgerecht eingeladen wurde und der ABPU beschlussfähig ist. Es sind 9 Mitglieder des Ausschusses für Bau, Planung und Umwelt anwesend.

(siehe Teilnahmeliste Anlage 1)

TOP 4

Feststellung der Tagesordnung

Abstimmungsergebnis: einstimmig beschlossen

TOP 5

Informationen des Vorsitzenden

Herr Sachse informiert, dass am 26.06.2012 eine weitere Sitzung des Ausschusses für Bau, Planung und Umwelt zum Thema Vorstellung der Baumaßnahmen „Friedrich-Ebert-Straße Süd“ stattfindet. Der Sitzung wird eventuell in den Räumen der WHG stattfinden.

Herr Sachse teilt mit, dass die Beschlussvorlage BV/766/2012 „Flächennutzungsplan der Stadt Eberswalde“, die mit den jetzigen Unterlagen versandt wurde, erst in der Sitzung am 12.06.2012 behandelt wird.

TOP 6

Einwohnerfragestunde

6.1 Herr Dr. Bauer äußert seinen Unmut über das neu zu beschließende Trinkwasserschutzgebiet in Finow und fragt, warum die Stadt Eberswalde hier untätig ist. Diese Verfahrensweise ist seiner Meinung nach nicht richtig.

Frau Wagner teilt hierzu mit, dass das ein Verfahren vom Land Brandenburg ist. Die Trinkwasserzonen werden vom Land Brandenburg festgelegt. Die Ausweisung von Trinkwasserzonen ist notwendig, um Eberswalde und Umgebung mit Trinkwasser zu versorgen.

Frau Fellner antwortet, dass die Stadt Eberswalde nicht Verfahrensbeteiligte in diesem Prozess ist und daher nicht zuständig ist.

TOP 7

Informationen aus der Stadtverwaltung

TOP 7.1

Information zum Stand Projekt Borsighalle

Frau Fellner begrüßt Herrn Prof. Otto, Herrn Hettchen und Herrn Breipohl vom Büro INIK (Institut für neue Industriekultur) GmbH und Herrn Prof. Lorenz von der BTU Cottbus sowie Herrn Dr. Drachenberg vom Landesamt für Denkmalpflege und Frau Schneider vom Landkreis Barnim, untere Denkmalschutzbehörde.

Frau Fellner gibt eine kurze Einführung zum geplanten Vorhaben.

Herr Prof. Otto und Herr Prof. Lorenz stellen gemeinsam das Projekt Borsighalle in einer Präsentation vor. **siehe Anlage 2**

Frau Fellner bedankt sich bei den Herren für die gute interessante Präsentation.

Frau Fellner sagt, die mögliche schrittweise Umsetzung der Maßnahme ist ganz wichtig.

Als eine der nächsten Aufgaben ist es, so Frau Fellner, den Fördermittelantrag zur Aufnahme in das Programm National bedeutsame Denkmale zu stellen.

Die Kostenaufteilung erfolgt jeweils 1/3 Bund, 1/3 Land und 1/3 Stadt.

Herr Dr. Drachenberg befürwortet aus denkmalpflegerischer Sicht das schrittweise Vorgehen der Maßnahmen zum Projekt. Hauptziel einer solchen Maßnahme ist jedoch immer die Sicherung.

Herr Sponner sagt, dass es bereits verschiedene Interessenten gegeben hat, aber auf Grund der Bodenverhältnisse Absagen gab.

Frau Fellner gab Herrn Sponner Recht, es gab mehrere Interessenten für diese Halle. Es gibt verschiedene Varianten zu Behandlung der Bodenverhältnisse. Ein Altlastenproblem sollte immer mit einem Sanierungskonzept einhergehen. Ein Sanierungskonzept ist abhängig von einem Nutzungskonzept, das liegt noch nicht vor.

Herr Sachse bedankt sich ebenfalls beim Büro INIK und bei Herrn Prof. Lorenz für die gute Präsentation des Vorhabens.

TOP 7.2

Information zum Kupferhammerweg

Frau Köhler teilt mit, dass die Auswertung der vorliegenden Gutachten mit dem WSV stattgefunden hat. Die Ursache für den Böschungsrutsch ist, dass die Böschung nicht standsicher

war und daher zum Rutschen gekommen ist.

Die Gesamtkosten sollen jeweils zu 50 % von der Stadt Eberswalde und vom WSV getragen werden.

Der Abschluss der Vereinbarung mit dem WSV soll im Hauptausschuss am 24.05.2012 beschlossen werden. Danach erfolgt die öffentliche Ausschreibung.

Die Vergabe der Leistung soll im Hauptausschuss am 21.06.2012 beschlossen werden. Die Gesamtkosten belaufen sich auf 200,0 T€. Im Juli/August 2012 soll dann mit den Bauarbeiten begonnen werden.

Frau Wagner hinterfragt die Finanzierung.

Frau Köhler antwortet, dass die finanziellen Mittel aus den Ermächtigungsübertragungen 2011 aus Straßenunterhaltung gedeckt werden.

Frau Köhler beantwortet die Anfrage von Frau Wagner vom 13.03.2012 zur Verkehrsfreigabe des Radverkehrs auf beiden Seiten in der Schicklerstraße: Der nördliche Gehweg im Bereich der Schicklerstraße auf der Seite der Hochschule wird als Radweg mit gegenläufigem Verkehr ausgeschildert.

Frau Köhler beantwortet die Anfrage von Herrn Zinn vom 10.04.2012 zum Stand der Sanierung der Oberflächenbehandlung in der Frankfurter Allee: Es wurden unterschiedliche Varianten dazu untersucht, aber noch nicht abschließend bewertet. Am 15.05.2012 fand nochmals ein Vor-Ort-Termin statt. Im nächsten ABPU wird dann über die weitere Verfahrensweise informiert.

Frau Köhler informiert über die Sanierung der Fußgängerbrücke Heegermühler Schleuse. Die Brücke wurde 1998 erbaut, die vorhandenen Holzbohlen sind morsch und müssen erneuert werden. Zum Einsatz kommen GFK-Platten (Glasfaserkunstplatten). Die Kosten belaufen sich auf 40,0 T€ und im Juni soll mit den Bauarbeiten begonnen werden.

Frau Fellner informiert, dass der Fördermittelbescheid in Höhe von 100.000,0 T€ zur Erstellung des integrierten Energie- und Klimaschutzkonzept eingegangen ist. Die Anlaufberatung mit dem ausgewählten Büro hat am 11.05.2012 stattgefunden. Im Herbst sollen die ersten Arbeitsergebnisse vorgestellt werden.

Frau Fellner informiert weiterhin, dass mit dem Preisgeld in Höhe von 5,0 T€ aus dem Innenstadt Wettbewerb 2011 und dem Erlös aus dem Stadtlauf 2012 „Kunst auf dem Markt“ entstehen soll. Durch den Metallgestalter Herrn Eckhard Herrmann wurde eine Figur „Die Ruferin“ geschaffen, die auf dem Rand des Marktbrunnens stehen soll. Die Figur ist 1,60 m groß. Diese Idee wurde auch dem Kultur- und Sanierungsbeirat vorgestellt und für gut befunden.

TOP 7.3

Information zur Straßenreinigungsgebühren

Herr Dingeldey stellt die Information zu den Straßenreinigungsgebühren in einer Präsentation vor. **siehe Anlage 3**

Herr Baaz fragt, ob die Gebühren sich weiter erhöhen werden.

Herr Dingeldey antwortet, dass die Gebühren sich nicht automatisch erhöhen werden.

Frau Fellner sagt, die Stadt ist verpflichtet alle tatsächlichen Leistungen in Kosten umzurechnen und dann als Gebühren zu erheben.

Alle 2 Jahre werden die Straßenreinigungsgebühren neu ermittelt.

Herr Banaskiewicz hinterfragt die Hinterliegergrundstücke.

Herr Dingeldey antwortet, Grundlage hierbei ist die Erschließung.

Herr Wrase fragt in Bezug auf die Hinterliegergrundstücke, ob in den letzten Jahren keine Gebühren erhoben wurden.

Herr Dingeldey antwortet, dass Gebühren bereits erhoben wurden, aber jetzt verstärkt daran gearbeitet wird. Es ist ein fortlaufender Prozess, da Grundstücke immer wieder geteilt werden und dadurch sich Änderungen ergeben.

Frau Oehler bezieht sich auf ihren eigenen Gebührenbescheid in Höhe von 5,00 € für das Grundstück in der Judenstraße und fragt, wie hoch der Verwaltungsaufwand tatsächlich ist und wie das Kostenverhältnis ist.

Frau Fellner antwortet, dass im gesamten Stadtgebiet gleichermaßen Gebühren erhoben.

Man muss natürlich abwägen, in welchem Verhältnis der Verwaltungsaufwand zu den Kosten steht.

Frau Wagner fragt, ob der Aufwand zur Erhebung der Gebühren in der Kalkulation mit enthalten ist.

Das wurde mit ja beantwortet.

Herr Sachse fragt nach den Zeiträumen der Nachveranlagungen.

Herr Dingeldey antwortet, dass viele Gebührenbescheide unbearbeitet geblieben waren auf Grund der Umstellung der Veranlagungssoftware und durch die längerfristige Krankheit der zuständigen Mitarbeiterin. Die Grundstücke und Straßen mussten neu erfasst werden.

Frau Leuschner informiert den ABPU darüber, dass der Fördermittelbescheid zur Installation des Parkleitsystems eingegangen ist. Derzeit erfolgt die öffentliche Ausschreibung der Maßnahme. Im August 2012 soll die Vergabe erfolgen und im September/Oktober 2012 soll mit der Installation begonnen werden.

TOP 8

Informationsvorlagen

TOP 8.1

Bebauungsplan Nr. 140 "Brauerei"

- Ergebnisse der frühzeitigen Öffentlichkeits- und Behördenbeteiligung

I/056/2012

Herr Banaskiewicz fragt, ob die Stellungnahme vom Landkreis Barnim mit den Inhalten des beschlossenen Einzelhandels-Zentrenkonzeptes in Konflikt steht und ob es Auswirkungen dazu gibt. Dieses wird von Frau Fellner verneint.

Herr Wrase hinterfragt die Eigentumsverhältnisse.

Frau Fellner antwortet, dass der Eigentümerwechsel stattgefunden hat. Mit dem neuen Eigentümer, Schomaker Bauträger Dörpen, fand ein Gespräch bereits statt. Der Abriss der nicht mehr benötigten Gebäude wird in den Sommerferien erfolgen, um den Schulbetrieb nicht zu beeinträchtigen. Im Winter soll mit den bauvorbereitenden Maßnahmen begonnen werden.

Der Ausschuss für Bau, Planung und Umwelt nimmt die Ergebnisse der frühzeitigen Beteiligung der Öffentlichkeit und Behörden und sonstigen Trägern öffentlicher Belange in der als Anlage 1 beigefügten Synopse vom 20.04.2012 zur Kenntnis, die Maßgabe für die weitere Erarbeitung des Entwurfes sind.

TOP 9

Anfragen u. Anregungen von Fraktionen, Stadtverordneten u. sachk. Einwohnern/innen sowie im Rahmen ihrer Zuständigkeit von Ortsvorstehern/innen, den Vors. der Beiräte gemäß Hauptsatzung, dem/der Vors. des KJP u. den Beauftragten gemäß Hauptsatzung

9.1 Frau Oehler bittet um eine Übersicht, welche Spielplätze mit Fördermitteln hergestellt wurden und wo noch eine Fördermittelbindung besteht.

Die Verwaltung sagt eine Bearbeitung zu.

9.2 Herr Wrase fragt nach dem Stand der Errichtung eines Netto-Marktes auf einem Standort in Finow.

Herr Wrase fragt weiterhin, ob nach Abschluss der Straßenbauarbeiten in der Poratzstraße die Führung der O-Bus-Leitung geändert wird.

Frau Fellner sagt, dass die Problematik Netto-Markt in Finow noch nicht für die Öffentlichkeit bestimmt ist.

Frau Fellner antwortet, dass eine Änderung der O-Bus-Leitung in Erwägung gezogen wurde,

eine Entscheidung steht aber noch aus. Derzeit erfolgt die Prüfung.

9.3 Frau Wagner bezieht sich auf die Niederschrift der Sitzung des ABPU am 10.04.2012 bezüglich Bescheide Kupferhammerweg. Die Antwort ist so nicht richtig, es gibt einen 2. Satz im § 12 der Straßenbaubeitragssatzung:

„Ist im Bescheid ein anderer Zeitpunkt für die Fälligkeit angegeben, so gilt dieser.“

Frau Wagner bittet nochmals um Prüfung, ob nicht doch Bescheide mit einer anderen Fälligkeit als 4 Wochen versendet werden können.

Frau Fellner bedankt sich für den Hinweis.

9.4 Herr Baaz fragt, wann die Anbindung von der Erich-Steinfurth-Straße zur dortigen Kleingartenanlage gebaut wird.

Frau Köhler antwortet, dass dort keine Ein- bzw. Ausfahrt von der Kleingartenanlage gebaut wird und mit der Aufhebung der derzeitigen Sperrung die Straßenschilder entfernt werden,

9.5 Herr Banaskiewicz fragt, welche derzeitigen Straßenbaumaßnahmen wann beendet werden.

Herr Sachse sagt, dass die Realisierungszeiträume im Baubeschluss mit enthalten sind.

Frau Fellner fügt hinzu und bedankt sich für die Anregung, dass es im nächsten ABPU dazu eine Information geben wird.

9.6 Herr Pringal hinterfragt die Kostenentwicklung zu den Vergaben zum BBZ, da ein Vergabebeschluss zusätzlich in die Stadtverordnetenversammlung musste.

Herr Sachse erklärt hierzu, dass die Hauptsatzung dahingehend geändert wurde, dass die Wertegrenze bei 500,0 T€ liegt.

Frau Fellner fügt hinzu, dass zu den Vergaben bewusst kleine Lose gebildet wurden, um die ansässigen Unternehmen einzubeziehen. Im Amt für Hochbau und Gebäudewirtschaft wurde eine Übersicht zu den Kosten erstellt. Derzeit liegen wir noch unter den Schätzkosten.

Auf Grund der Anzahl der Vergaben wird es im August eine zusätzliche Sitzung des Hauptausschusses geben.

TOP 10

Beschlussvorlagen (Beratung und Beschlussfassung)

TOP 10.1

Machbarkeitsstudie Breite Straße

- Selbstbindungsbeschluss

BV/764/2012

Herr Müller regt an, dass in Verbindung mit der Barrierefreiheit auch Frau Bunge im Abzeichnungsumlauf für die Beschlussvorlagen mit einbezogen wird.

Frau Fellner bedankt sich für diese Anregung.

Frau Oehler äußert ihre Bedenken zum Radverkehr, da die Radfahrabbiegespur in die Friedrich-Ebert-Straße entfällt.

Frau Fellner teilt hierzu mit, dass die Detailplanungen und die daraus folgende Detaillösungen noch nicht vorliegen.

Herr Sachse regt im Zusammenhang mit dem Entfallen der Linksabbiegespur in die Friedrich-Ebert-Straße an zu prüfen, wie die Verkehrsströme tatsächlich geführt werden sollen. Zum Einem ist zu prüfen, wie der Radverkehr gemeinsam mit anderen Verkehrsteilnehmern, z. B. Pkw und ÖPNV, und zum Anderem ohne den Radverkehr geführt werden sollen. Wenn die Breite Straße durchgängig als Tempo 30 km Zone ausgewiesen wird, dann sollten die Abbiegespuren in die Breite Straße und aus der Breiten Straße heraus geprüft werden.

Herr Dr. Götz regt an, Straßenbegleitgrün zu berücksichtigen.

Abstimmungsergebnis: mehrheitlich befürwortet

Der Ausschuss für Bau, Planung und Umwelt befürwortet den Beschlussvorschlag:

Die Stadtverordnetenversammlung beschließt die Machbarkeitsstudie zur Umgestaltung der Breiten Straße (B167) als Handlungsgrundlage und erteilt das Einvernehmen zu den entsprechend geplanten Maßnahmen (gem. § 45 Abs. 1b S.2 StVO).

TOP 10.2

Baubeschluss der Verkehrsanlage Erich-Mühsam-Straße BV/761/2012

Frau Oehler fragt nach dem Radverkehr bzw. Radfahrangeboten.

Herr Sachse sagt, dass Herr Grohs die Entwurfsplanung vorstellt und dazu Ausführungen macht.

Herr Grohs, iber, stellt die Entwurfsplanung zum Ausbau der Erich-Mühsam-Straße in einer Präsentation vor.

siehe Anlage 4

Herr Baaz fragt, ob das Anpflanzen der Bäume in Konflikt mit den vorhandenen Versorgungsleitungen steht.

Herr Grohs sagt, dass im Rahmen der Ausschreibungen auch Suchschachtungen mit ausgeschrieben werden müssen. Der Leitungsbestand muss gesucht werden.

Die Anzahl und Abstände der zu pflanzenden Bäume richten sich dann nach den Leitungen.

Herr Müller hinterfragt die Aussage zum Parken in der Anlage 1, Seite 2, vorletzter Absatz: „Die Erich-Mühsam-Straße befindet sich im Geltungsbereich des Parkraumbewirtschaftungskonzeptes. Hier ist gebührenfreies Parken für 2 Stunden mit Bewohnervignette gestattet.“ Frau Köhler antwortet, dass es richtigerweise heißen muss: gebührenfreies Parken für 2 Stunden und gebührenfreies Parken mit der Bewohnervignette.

Frau Wagner regt an, dass Frau Bunge bei den Straßenquerungen für Fußgänger mit einbezogen wird. Frau Wagner zeigt auf, dass am Beispiel der Stadt Rheinsberg auch Natursteinplatten verwendet werden können. Diese sind sehr eben, befahrbar und optisch gut eingeordnet. Vielleicht besteht die Möglichkeit diese Idee zu übernehmen.

Herr Grohs sagt, die Möglichkeit der Verwendung von Granitplatten besteht grundsätzlich. Für die Konstruktion und Tragfähigkeit ist die Gesamtdicke entscheidend.

Herr Banaskiewicz regt an, dass die Querung der Lessingstraße auf Grund des abbiegenden Autoverkehrs zurückgesetzt wird.

Frau Köhler erklärt, dass die Lage der Querung in der Lessingstraße ausreichend ist.

Herr Banaskiewicz fragt weiterhin, ob sich Änderungen in der Bauzeit der Erich-Mühsam-Straße im Zusammenhang mit der Regenwasserleitung ergeben.

Herr Grohs antwortet, dass im Regelfall der Bauablauf sich nicht verändert.

Herr Wittig erklärt, dass die Straße, die Radwege und die Fußgängerwege auf gleicher Ebene hergestellt werden sollten.

Herr Grohs antwortet, dass unabhängig vom Materialeinsatz die Erich-Mühsam-Straße barrierefrei und auf einer Ebene gebaut wird.

Die Frage nach der Anbindung Danckelmannstraße bezüglich der Regenentwässerung beantwortet Herr Grohs, dass im Bereich der Aufpflasterung zwei Straßenabläufe angeordnet werden, die dann in den Regenwasserkanal enden.

Herr Wrase fragt, ausgehend von den Gesamtkosten, warum diese nicht gesamtförderfähig sind.

Frau Fellner antwortet, dass gemäß der Fördermittelrichtlinie nur der Anteil der Stadt förderfähig ist.

Weiterhin hinterfragt Herr Wrase die Grundstücksgrößen und die daraus entstehenden Kosten für die Anlieger.

Frau Fellner antwortet, dass die Anwohner ihre Kosten kennen. Es gibt ein großes Einverständnis zum geplanten Straßenbau.

Herr Dr. Götz fragt, wo die Regenentwässerung endet.

Frau Köhler antwortet, dass alle Regenentwässerungen der Stadt in den Finowkanal enden.

Abstimmungsergebnis: einheitlich befürwortet

Der Ausschuss für Bau, Planung und Umwelt befürwortet den Beschlussvorschlag:

1. Die Stadtverordnetenversammlung stimmt der Entwurfsplanung zum Bau der Verkehrsanlage Erich-Mühsam-Straße vom März 2012 zu und beschließt den Bau der Verkehrsanlage Erich-Mühsam-Straße.

Weiterhin wird die Verwaltung mit der Erstellung des Bauprogramms beauftragt.

2. Der Stadtverordnetenbeschluss 48-609/08 vom 24.04.2008 wird hiermit aufgehoben.

TOP 10.3

Baubeschluss der Außenanlagen Kita Sonnenschein und öffentlicher Spielplatz BV/762/2012

Herr Sachse bezieht sich auf die Anregung von Frau Wagner, auch den Spielplatz mit einer Beleuchtung zu versehen.

Frau Köhler antwortet, dass keine zusätzliche Beleuchtung vorgesehen ist und die Straßenbeleuchtung ausreichend ist.

Abstimmungsergebnis: einstimmig befürwortet

Der Ausschuss für Bau, Planung und Umwelt befürwortet den Beschlussvorschlag:

Der Hauptausschuss stimmt der Genehmigungsplanung der Außenanlagen Kita Sonnenschein und des öffentlichen Spielplatzes zu und beschließt den Bau.

Weiterhin wird die Verwaltung mit der Erstellung der Ausführungsplanung beauftragt.

TOP 10.4

Errichtung eines Nahwärmesystems im Zoo - Genehmigung von überplanmäßigen Haushaltsmitteln

BV/775/2012

Zunächst wurde von Herrn Sachse die Öffentlichkeit ausgeschlossen.

Es ging um die Gründe, die der Verwaltung bewegten, ein eigenes Wärmenetz mit Gebäudeinstallation im Zoo Eberswalde neu zu bauen.

Zur Präsentation wird die Öffentlichkeit wieder hergestellt.

Herr Bessel stellt dann den Neubau eines Wärmenetzes mit Gebäudeinstallation im Zoo Eberswalde in einer Präsentation vor.

siehe Anlage 5

Herr Baaz befindet das Konzept für gut und richtig.

Herr Banaskiewicz fragt im Zusammenhang mit den gescheiterten Vertragsverhandlungen, ob Vertragsstrafen ausgesprochen wurden und welche Maßnahmen wurden ergriffen. Wie ist die Stellungnahme vom Rechtsamt. Werden finanzielle Mittel vom Landkreis Barnim zur Verfügung gestellt. Bedenken äußert Herr Banaskiewicz in der Deckung der überplanmäßigen Ausgaben. Diese sollen aus Gewerbesteuermehreinnahmen erfolgen.

Frau Fellner antwortet zunächst zu den Gewerbesteuermehreinnahmen. Das sind Gewerbesteuerzuweisungen vom Land und Bund und keine Erhöhung der Grund-/Gewerbesteuern.

Herr Dr. Hensch gibt sein Statemann zur gesamten Problematik ab und bittet gleichzeitig in seinen Ausführungen den ABPU um Unterstützung für den Zoo.

Herr Bessel führt aus, dass es zu einer außerordentlichen Kündigung nicht ausgereicht hat. Mit dem Rechtsamt wird derzeit die einstweilige Verfügung für die Notmaßnahme erarbeitet und gleichzeitig wird die Vergangenheit aufgearbeitet. Der Zoo erhält Zuschüsse vom Landkreis Barnim insbesondere zu den investiven Maßnahmen.

Zunächst erklärt Frau Wagner, dass die Tatsache, dass der Zoo und der Zoobeirat relativ kurzfristig ein Energiekonzept darlegt, ein Zeichen dafür ist, dass das Problem zeitnah erkannt wurde.

Die Beschlussvorlage allerdings ist sehr unstrukturiert aufgebaut und sehr schwer lesbar. Frau Wagner vermisst eine richtige Kosten- und Nutzungsrechnung also Wirtschaftlichkeitsberechnung. Frau Wagner hat generell inhaltliche Probleme mit der Beschlussvorlage. Es ist aber nachvollziehbar, dass ein dringender Handlungsbedarf besteht.

Frau Wagner bittet den Ausschuss, die Beschlussvorlage in der Hinsicht zu ändern, dass

1. die Gesamtkosten um die bereitgestellten Fördermittel reduziert werden und
2. ab 2013 die Energieeinsparungen im Haushalt dargestellt werden.

Frau Fellner sagt zu den Fördermitteln, dass noch nicht feststeht, ob Fördermittel bereitgestellt werden, findet aber den Hinweis in Bezug auf die Fördermittel richtig.

Herr Müller fragt nach den Kosten gemäß Beschluss vom Hauptausschuss am 20.10.2011 in Höhe vom 107.000,00 €

Herr Bessel antwortet, dass von dieser Summe der Holzkessel gebaut und installiert wurde sowie die Verbindungsleitung hergestellt wurde. Zur Verfügung stehen noch 16.000,00 €, die als Haushaltsrest in 2012 übertragen werden.

Herr Dr. Götz sagt, dass die vorhandenen Heizungsrohre mit Sicherheit noch zu verwenden gewesen wären.

Das wurde bejaht.

Herr Sachse ist der Meinung, dass der Grundsatzbeschluss schon gefasst werden sollte. Eine Mindestanforderung für den Hauptausschuss am 24.04.2012 ist, die Wirtschaftlichkeitsberechnung einzureichen.

Herr Sachse merkt an, dass der ABPU im Nachhinein über die erfolgten oder auch nicht erfolgten Maßnahmen informiert werden muss.

Herr Pringal fragt, ob die Investitionen nicht in die nächsten Jahre verschoben werden können.

Des Weiteren hinterfragt Herr Pringal die Vertragspartner ECS Dresden und ESC Bad Freienwalde sowie zur Kündigung des Vertrages der Stromversorgung.

Herr Pringal ist der Meinung, dass dieses Konzept eigentlich nicht beschlussfähig ist.

Frau Oehler bezieht sich auf dem sogenannten Stichtag 01.10.2012 im ambitionierten Zeitplan und fragt, ob es Überlegungen zu anderen Maßnahmen gibt, wenn der Zeitplan nicht eingehalten wird. Frau Oehler fragt, ob die Stadt einen Einfluss hat, wann der Rückbau der Anlage durch den Eigentümer erfolgt.

Herr Bessel antwortet, wenn die überplanmäßigen Mittel bewilligt werden und demzufolge die Vorlage beschlossen wird, dann werden die Bauarbeiten am 01.10.2012 abgeschlossen sein.

Herr Dr. Hensch macht noch einige Ausführungen zu den Tieren im Zoo und sagt, dass es keine Überlegungen zu anderen erforderlichen Maßnahmen gibt.

Herr Grohs ist der Meinung, dass der Beschluss nicht genau formuliert ist. Es ist hier von einer groben Kostenschätzung ausgegangen worden, die eigentlichen Baukosten sind nicht erkennbar. Es sollte ein Höchstsatz der überplanmäßigen Bewilligung im Beschluss formuliert werden.

Herr Grohs gibt einige Ausführungen zur Trassenführung der Wärmeversorgung durch das HOKAWE zum Zoo und Krankenhaus.

Herr Wrase teilt mit, dass diese Vorlage bereits im Finanzausschuss behandelt wurde und dort auch befürwortet wurde.

Herr Baaz ist der Meinung, dass der Beschlussvorlage zugestimmt werden muss.

Nach dieser sehr kontroversen Diskussion zur Finanzierung, zu den gescheiterten Verhandlungen und zur Beschlussvorlage selbst, wurde letztendlich der Beschlussvorlage zugestimmt.

Abstimmungsergebnis: einstimmig befürwortet

Der Ausschuss für Bau, Planung und Umwelt befürwortet den Beschlussvorschlag:

Der Hauptausschuss bewilligt überplanmäßige Auszahlungen i. H. v. 413.400 € für die kurzfristige Installation eines Heizungssystems, bestehend aus Heizzentrale, Nahwärmenetz und Gebäudeinstallationen, im Zoo.

Wolfgang Sachse
Vorsitzender des
Ausschusses für Bau,
Planung und Umwelt

E. Martin
Schriftführerin

Sitzungsteilnehmer/innen:

- **Vorsitzender**
Wolfgang Sachse
- **Stellvertreter des Vorsitzenden**
Eckhard Schubert vertreten durch Herrn Kuchenbecker
- **Ausschussmitglied**
Frank Banaskiewicz
Uwe Grohs
André Klawitter vertreten durch Herrn Sponner
Jürgen Kumm entschuldigt
Dr. Hans Mai vertreten durch Herrn Wrase
Karen Oehler
Ingo Postler
Dr. Günther Spangenberg
- **sachkundige Einwohner/innen**
Otto Baaz
Uwe Ebert entschuldigt
Thomas Gelhaar
Dr. Bernhard Götz
Wolfram Hey entschuldigt
Hans-Jürgen Müller
Horst Nuglisch entschuldigt
Roy Pringal
Karin Wagner
Hartmut Wittig
- **Ortsvorsteher/in**
Werner Jorde
- **Dezernent/in**
Anne Fellner
- **Verwaltungsmitarbeiter/innen**
Bert Bessel
Dingeldey
Udo Götze
Katrín Heidenfelder
Dr. Bernd-Juergen Hensch
Heike Köhler
Silke Leuschner